



Niederschrift

24. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss

13. Oktober 2026, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus Marktplatz

Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 5 der Tagesordnung: Direktvergabe Reinigungsleistungen an KVD
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, KAL, Die Linke, Volt
Vorlage: 2026/0553

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf.

In der übersandten Stellungnahme sei beim Thema der Inhouse-Fähigkeit ausgeführt worden, dass eine Direktvergabe nicht möglich sei. Nach genauerer Prüfung, auch durch den ZJD, sei eine solche Direktvergabe jedoch grundsätzlich möglich, sofern bestimmte Voraussetzungen vorlägen. Erforderlich seien ein offizieller Betrauungsakt, die Einhaltung bestimmter Tätigkeitsquoten sowie die Prüfung von Kontroll- und Beteiligungskriterien. Darüber hinaus bleibe es bei den bereits genannten um 20 % höheren Kosten gegenüber einer Vergabe an die Privatwirtschaft. Man werde dem Gemeinderat diese Voraussetzungen für eine Inhouse-Vergabe nochmals schriftlich darzustellen. Eine Überarbeitung der Stellungnahme habe kurzfristig nicht mehr vorgenommen werden können.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) dankt für die Klarstellung und regt an, die Vorlage zu überarbeiten und dann in der Gemeinderatssitzung zur Entscheidung vorzulegen. Eine Entscheidung müsse nicht zwingend bereits in der folgenden Woche getroffen werden, sondern könne auch im November erfolgen. Letztlich werde es sich um eine politische Entscheidung handeln, ob die angedeuteten Mehrkosten von 20 % zugunsten der damit verbundenen erhofften Effekte in Kauf genommen werden sollten. Voraussetzung sei jedoch, dass die Entscheidung auf einer zutreffenden faktischen Grundlage erfolge.

Stadtrat Hofmann (CDU) erwartet in diesem Zusammenhang von den Fraktionen, die den Antrag gestellt hätten, einen Vorschlag, aus welchen Mitteln die Finanzierung erfolgen solle. Nur so könne sinnvoll über die Angelegenheit diskutiert werden. Es sei aus seiner Sicht nicht ausreichend, zusätzliche Maßnahmen zu fordern, ohne zugleich die Deckung der Mehrkosten aufzuzeigen. Zwar wäre eine entsprechende Umsetzung in einigen Bereichen wünschenswert, jedoch könne mit den Mehrkosten angesichts der aktuellen Lage nach nicht umgegangen werden. Deshalb sei es angezeigt, dass die sich hierfür abzeichnende Mehrheit mitteile, woher die Mittel genommen werden sollten.

Der Vorsitzende verweist den Antrag, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, in die Gemeinderatssitzung am 24. November 2026.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
20. Oktober 2026